

49 Prozent

Zu Gast im real existierenden Machismo



Patrick Imhasly

Neulich bin ich für eine Weiterbildung nach Kuba gereist. Als ich am Flughafen von Havanna endlich die Einreisekontrolle hinter mir hatte, galt es, einen letzten Sicherheitscheck zu bewältigen. Ich traute meinen Augen nicht: Das gesamte militärische Personal war weiblich. Karibische Schönheiten in tarnbeigen Miniröcken und Netzstrumpfhosen – mit grimmigen Mienen und Maschinenpistolen im Anschlag. War das die Antwort der sozialistischen Republik auf die weltweite «Me too»-Debatte? Die Errichtung einer staatlichen Struktur, in der nicht die Männer das Sagen haben, sondern amazonenhafte Wesen – verführerisch, unnahbar und mächtig zugleich? Tatsächlich wurde das Frauenwahlrecht schon 1940 in der kubanischen Verfassung verankert, drei Jahrzehnte früher als in der Schweiz. Auch Fidel Castro und seine Mitstreiter schrieben sich nach ihrer Revolution im Jahre 1959 die Gleichberechtigung der Frau auf ihre Fahnen.

Die Realität hinter der martialisch wirkenden feministischen Fassade sieht anders aus, wie sich in den nächsten Tagen zeigen sollte.

In den Bars von Habana Vieja, der kolonialen Altstadt Havannas, umgarnen junge Kubanerinnen unappetitliche Sugar-Daddys aus den USA und ziehen ihnen das Geld aus den Taschen; Halbwüchsige bieten einem ihre Schwester gegen Entgelt zur «freien Verfügung» an, und die Frauen in Kuba leiden dem Vernehmen nach unter einer der höchsten Quoten von häuslicher Gewalt. Die kubanische Begleiterin unserer Reisegruppe, dreisprachig und mit Uni-Abschlüssen in Philosophie und Wirtschaft, beklagte sich hinter vorgehaltener Hand, ihr Freund erwarte von ihr, dass sie jeden Abend möglichst früh zu ihm nach Hause komme, um für ihn zu kochen, obwohl die beiden noch nicht einmal zusammen wohnen. Und in der obersten Führungsriege der Kommunistischen Partei Kubas, rund um den Staatschef Raúl Castro, spielen die Frauen praktisch keine Rolle.

Kubanische Professorinnen im Dienste der staatlichen Universität Havanna erzählen derweil gerne eine andere Geschichte. Sie pflegen den Mythos der heroischen Frauen, die ihren eigenen Anteil an der Revolution hatten. Demnach sammelten die Frauen Geld für den Kampf gegen Fulgencio Batista, Kubas Diktator von Amerikas Gnaden während der fünfziger Jahre des letzten Jahrhunderts, sie schmuggelten unter ihren weiten Röcken Waffen für die Revolutionäre und zwangen die Männer dazu, ihnen möglichst viele Söhne für die Revolution zu machen. Den revolutionären Kampf hatte den Frauen schon damals niemand zugetraut – nicht



Die Frauen in Kuba leiden dem Vernehmen nach unter einer der höchsten Quoten von häuslicher Gewalt.

einmal Che Guevara, der Kopf der Revolution, wie diese Zeilen aus einem seiner Briefe von 1965 zeigen: «Die Führer der Revolution haben Kinder, die beim ersten Stammeln nicht den Vater nennen lernen, Frauen, die ein Teil ihres allgemeinen Verzichts auf das Leben sein müssen, um die Revolution zu ihrer Bestimmung zu führen; der Kreis der Freunde ist streng begrenzt auf den Kreis der Revolutionsgefährten.»

Anders als von Che Guevara in seinen Schriften beschworen, ist es auch in Kuba nicht gelungen, feudale Verhaltensmuster zu überwinden und den neuen, moralisch erhabenen Menschen zu schaffen. Der Machismo treibt auf der Karibikinsel auch nach sechzig Jahren sozialistischer Erziehung weiter sein Unwesen. Manch ein Soziologe sieht in ihm sogar eines der grössten Probleme nicht nur der kubanischen, sondern aller lateinamerikanischen Gesellschaften auf dem Weg in die Moderne.

Bei der Ausreise am Flughafen von Havanna gab sich niemand mehr Mühe, den Schein einer egalitären Gemeinschaft aufrechtzuerhalten. Abgefertigt wurden wir von gelangweilten Männern in abgewetzten Vestons. Und bei der Sicherheitskontrolle war von den furchteinflössenden Soldatinnen weit und breit nichts mehr zu sehen. Es wirkte fast so, als sei man froh, die Sozialromantiker aus dem verwöhnten Norden endlich wieder los zu sein.

Patrick Imhasly ist Redaktor im Ressort Wissen bei der «NZZ am Sonntag».

Alles, was Recht ist

Ausbau der deutschen Demokratie



Markus Felber

Schweizer wundern sich immer wieder darüber, wie wenig direkte Demokratie es im nördlichen Nachbarland gibt. Geradezu die Augen gerieben hat man sich seinerzeit, als sogar ein epochales Ereignis wie die Wiedervereinigung ohne Volksbefragung über die Bühne gebracht wurde. Deutsche umgekehrt sind ab und zu erstaunt, wie oft und worüber in der Schweiz abgestimmt wird, und können nur schwer glauben, dass das Volk selbst über Steuern und deren Höhe befinden darf.

Bei der Bestellung der Regierung ist die direkt demokratische Mitsprache in Deutschland allerdings eher grösser als bei uns. Wir können einzig das Parlament wählen, bleiben aber bei der Bestellung der Landesregierung aussen vor. Linke und rechte Vorstösse für eine Direktwahl des Bundesrats lehnte das Volk stets mit grosser Mehrheit ab. Ganz anders in Deutschland, wo die grösseren Parteien einen Kanzlerkandidaten zur Auswahl vorschlagen. Dass der Wahlsieger auch Kanzler wird, ist allerdings nur dann gewiss, wenn seine Partei auch die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament erhält.

Andernfalls hängt die Bildung der Regierung davon ab, dass der erfolgreiche Kandidat eine tragfähige parlamentarische Koalition zustande bringt, wie das derzeit in Berlin versucht wird. Und dabei ist neuerdings eine zusätzliche direkt demokratische Hürde zu überspringen, weil die SPD die Umsetzung eines allfälligen Koalitionsvertrags von der Zustimmung der Parteibasis abhängig macht. Diese erhält damit ein eigentliches Veto-recht der letzten Minute und könnte eine Regierung kurz vor der Machtübernahme zu Fall bringen. Staatsrechtlich besonders pikant ist, dass bei diesem Mitgliederentscheid auch Minderjährige und Ausländer mitwirken dürfen. In der gegenwärtigen Ausgangslage könnten somit unter Umständen Menschen, die gar nicht wahlberechtigt sind, als Zünglein an der Waage den Ausschlag dafür geben, dass es zu Neuwahlen kommt.

Markus Felber war NZZ-Bundesgerichts-korrespondent.

Die E-Mail-Debatte

«Die Steuersätze in den Kantonen müssen sich angleichen»

Steuerreform – aber wie? Mattea Meyer will den ruinösen Wettbewerb verhindern. Andrea Caroni verlangt das Gegenteil: mehr Gestaltungsraum für die Kantone

Mattea Meyer

Geschätzter Kollege, vor einem Jahr lehnten die Stimmberechtigten die Unternehmenssteuerreform III deutlich ab. Aus gutem Grund: Sie akzeptieren nicht mehr länger Steuergeschenke für Konzerne auf ihre Kosten. Daran muss sich die neue Reform messen lassen. Oder wollen Sie alten Wein in neuen Schläuchen auf-tischen?

Andrea Caroni

Geschätzte Kollegin, hat der Fiskus schon einmal etwas verschenkt? Nach meinem Wissen nimmt er lieber. Unter anderem jährlich 5 Milliarden Franken von jenen Gesellschaften, die bei der Steuerreform 17 im Fokus stehen. Nun wollen Sie ja deren gegenwärtigen Sonderstatus noch eifriger abschaffen als ich, aber gleichzeitig dürstet es Sie nach deren Steuereinnahmen. Was ist denn nun Ihr Rezept für einen steuerlich wettbewerbsfähigen Standort Schweiz?

Mattea Meyer

Sie helfen mit, aus dem Staat einen Selbstbedienungsladen für Grossfirmen zu zimmern. In den letzten Jahren wurde Kapital entlastet, während die Belastung auf Lohn und Rente gestiegen ist. Den Menschen bleibt nach Steuern, Prämien und Miete immer weniger. Doch sie lassen sich nicht mehr länger erpressen. Allen Drohungen zum Trotz haben sie die Unternehmenssteuerreform III abgelehnt. Es braucht eine Reform, die das Stimmmolk ernst nimmt, die uns also nicht Milliarden kostet. Es ist unbestritten, dass die Steuerprivilegien für Statusgesellschaften abgeschafft werden müssen. Auch auf europäischer Ebene geht die Entwicklung dahin, dass es Grosskonzernen erschwert wird, sich mit Gewinnverschiebungen der Besteuerung zu entziehen. Gewinne und auch Löhne sollen ordentlich besteuert werden.

Andrea Caroni

Merken Sie Ihre eigenen Widersprüche eigentlich? Sie kämpfen die ganze Woche

Debattierer



Mattea Meyer, 30, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Sie ist Co-Präsidentin der SP Winterthur und Co-Präsidentin der Sans-Papiers-Plattform Schweiz.



Andrea Caroni, 37, ist FDP-Ständerat aus dem Kanton Appenzel Ausser rhoden. Er arbeitet als Rechtsanwalt und ist Vizepräsident der FDP Schweiz.

lang für Steuererhöhungen und höhere Lohnabzüge, aber klagen dann am Sonntag, dass den Leuten angeblich «nach Steuern» «immer weniger» bleibe. *Surprise!* Sie fordern zudem eine Steuerreform, die «uns nicht Milliarden kostet», wollen aber ausgerechnet die besten Steuerzahler vertreiben. Teurer geht's nicht. Im Klartext: Wenn wir den bestehenden Sonderstatus ersatzlos abschaffen, werden die Steuersätze für diese Firmen explodieren. Ersatzmassnahmen können das bestenfalls abmildern. Diese Firmen werden – sofern sie überhaupt bleiben – erheblich mehr Steuern zahlen als heute. Von den allgemeinen kantonalen Steuersenkungen profitieren dafür unzählige KMU. Die letzte Reform wurde abgelehnt, weil sie vielen Leuten zu kompliziert und die Auswirkungen unklar waren. Diesmal werden die Auswirkungen klarer sein, weil die Kantone ihre Massnahmen transparenter machen. Wenn Sie die Reform ablehnen, bleiben übrigens auch die Sonderstatus, die Sie ja so stören – was wollen Sie also konkret in der Reform?

Mattea Meyer

Ich sehe keine Widersprüche, weil es keine gibt. Wenn hohe Gewinne der Firmen anständig besteuert werden, sind Steuersenkungen auf Einkommen möglich. Heute wird erzählt, dass es uns am besten geht, wenn wir brav sind zu den Grosskonzernen. Dann würden sie kommen, ein bisschen Steuern zahlen und Stellen schaffen. Diese Geiselnhaft ist gefährlich und langfristig eine Sackgasse – zumal es ja eigentlich die Menschen sind, die den Gewinn erarbeiten. Die Reform bietet die Möglichkeit, Steuertricks abzuschieben – da sollen wir nicht gleich wieder neue schaffen, die Sie beschönigend «Ersatzmassnahmen» nennen und die uns wieder erpressbar machen. Die Steuersätze in den Kantonen müssen sich angleichen, damit der ruinöse Steuerwettbewerb ein Ende hat. Der Kanton Luzern wollte an der Spitze stehen und senkte seine Unternehmenssteuer ins Bodenlose. Heute werden dort Behindertenheime geschlossen und

Schulfächer gestrichen, weil das Geld fehlt. Ist das die Zukunft, die Sie wollen?

Andrea Caroni

Fürchten Sie sich lieber vor den mächtigen Kartellen der Steuervögte als vor steuerzahlenden Unternehmen. Wie Sie nämlich richtig feststellen, sind bei Unternehmen normale Menschen am Werk. Jeden Steuerfranken, den dieser Fiskus also aus Firmen herauspresst, nimmt er den Menschen weg – den Mitarbeitern, den Konsumenten, den Eigentümern. Es ist just der Steuerwettbewerb, der den Fiskus in den Schranken hält. Ihre Theorie des «ruinösen Steuerwettbewerbs» ist widerlegt. Die staatliche Abgablast wächst. Menschen sind ja bereit, Steuern zu zahlen, wenn sie dafür etwas erhalten, aber das sollen die Menschen vor Ort entscheiden können. Zum Schluss: Beantworten Sie beim dritten (!) Versuch doch bitte noch meine Frage, welche konkreten Elemente Sie für die Steuerreform 17 fordern?

Mattea Meyer

Ich wiederhole es gerne nochmals: eine Reform, die nicht auf dem Rücken der Menschen finanziert wird, die den Steuerwettbewerb eindämmt, etwa mit einem kantonalen Mindeststeuersatz von mindestens 16 Prozent, und die international geächtete Steuerprivilegien ein für allemal abschafft. Frage zurück – was fordern Sie konkret?

Andrea Caroni

Ich fordere möglichst viel Freiheit für die Kantone. Sie sollen über den Einsatz von Ersatzmassnahmen (die der Bund zu ermöglichen hat), über ihre Steuersätze und auch die Dividendenbesteuerung entscheiden. Der Bund könnte zudem seine Gewinnsteuern senken, statt Geld umzuverteilen, um den Kantonen mehr Spielraum zu verschaffen. Froh bin ich, dass Sie die Forderung Ihrer Partei nach Zückerchen (Stichwort: Kinderzulagen) nicht mitzutragen scheinen. Derart Sachfremdes gehört nicht in die Reform.

Strittis Schlagzeile

Zu den ersten 92 Tagen von Bundesrat Cassis.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.